

Schreyer, Vorsteher des Finanzamts Kamenz, mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab zum Regierungsrat ernannt. Ferner wurde vom gleichen Tage ab Herr Steuerassistent König zum Steuersekretär befördert.

Kamenz. (10 Freitische.) Herr Fabrikbesitzer Horst Stendel hier zeichnete 10 Freitische für Essenempfänger der Kolonialküche. Regellub „Reutster“ überbrachte dem Wohlfahrtsamt für gleiche Zwecke 1400 Mark. — (Plötzlicher Tod.) Im 57. Lebensjahre ereilte ein plötzlicher Tod infolge Herzschlages am Montag nachmittag auf dem Hauptbahnhof in Dresden Herr Oberregierungsrat Felix Räumann, den ältesten Sohn des verstorbenen Herrn Stadtrat Räumann. Der so früh aus dem Leben gerufen wurde nach Ablegung der Richterprüfung Auditor der Festung Königstein, später Divisionsauditeur und war während des Krieges als Oberkriegsgerichtsrat mit im Felde. Nach Auflösung des Heeres unterstand ihm in Chemnitz das Hauptverwaltungsamt. Der tragische Tod des noch im besten Schaffensalter stehenden Mannes erweckt allseitig herzliche Teilnahme.

tsd. Dresden. (Ungeheure Steigerung der Fleischpreise.) Die letzten Viehmärkte in den sächsischen Großstädten haben eine ganz gewaltige Verteuerung der Fleischpreise mit sich gebracht. Die Preise stellten sich am Montag gegen die Donnerstagpreise um 60 bis 120 Prozent höher. Die Leipziger Fleischverarbeitung fährt diese enorme Steigerung darauf zurück, daß sich wiederum eine Anzahl fremder Aufkäufer eingefunden hatte. Es habe die Gefahr bestanden, daß viel Vieh nach auswärts ging und so sei den Leipziger Fleischhändlern nichts übrig geblieben, als die geforderten hohen Preise zu bewilligen. Die Folge der neuen Fleischsteuerung wird natürlich sein, daß der an sich schon sehr geringe Fleischkonsum noch weiter zurückgeht und dadurch der Gesundheitszustand der Bevölkerung noch ungünstiger wird. Unter diesen Verhältnissen erscheint es dringend notwendig, daß sofort Maßnahmen ergriffen werden, um fremde Aufkäufer von den sächsischen Viehmärkten fernzuhalten.

Wilschdorf. (Ein guter Fang.) Festgenommen wurde auf hiesigem Bahnhof in der Nacht zum 20. d. M. von der Gendarmerte ein russischer Staatsangehöriger, angeblich aus Kiew, der sich nicht im Besitze eines gültigen Grenzausweises befand und für etwa 60 Millionen Mark Schmuckgegenstände (goldene Uhr, Uhrenketten, Klemmer, Armband, Ohrringe, verschiedene Brillanten usw.), sowie für gegen 70 Millionen Mark ausländisches Papiergeld und Einbruchswerkzeuge bei sich hatte. Rechnungen von Salvarjan, Pfeiffer und Zuderschneidungen führte er bei sich. Ueber die Herkunft der Gegenstände verweigert er jede Auskunft.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Berlin, 24. Januar. (Eine neue deutsche Protestnote.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: „Die französischen Besatzungsbehörden haben die verhafteten Personen, die in meinem gestrigen Protest genannt sind zum Teil nach Mainz gebracht, um sie vor ein französisches Militärgericht zu stellen. Die Einleitung eines Verfahrens vor einem französischen Militärgericht entbehrt jeder Rechtsgrundlage und würde in keiner Weise geeignet sein, den Verhaftungen den Charakter der Rechtswidrigkeit und Willkür zu nehmen. Die deutsche Regierung ersucht darum, daß ein solches Verfahren nicht stattfindet, daß die Verhafteten freigelassen werden und ihre Befolgung eingestellt wird. Im Ruhrgebiete sind übrigens inzwischen noch weitere Beamte verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberpostdirektor Jünge, den Telegraphendirektor Böhme, den Präsidenten der Eisenbahndirektion Zahn und den Oberbaurat Busch, sämtlich in Essen. Die Verhaftungen sind erfolgt, weil die Beamten sich der von den französischen Besatzungsbehörden an sie gestellten Zumutung widersetzt haben sollen, einen durch den Reichsverkehrsminister erlassenen Befehl zu widerrufen. Die deutsche Regierung erhebt auch gegen diese Gewaltakte Protest. Sie verlangt die sofortige Freilassung der Verhafteten sofern sie nicht inzwischen bereits erfolgt sein sollte und behält sich vor, jede Senugung zu fordern. gez. Cuno, Reichskanzler.“

Berlin, 24. Jan. (Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.) Am 23. Januar nachmittags fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Cuno eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften statt. Die Organisationen hatten Vertreter aus dem Ruhrgebiete hinzugezogen. In den Besprechungen nahmen weiter der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister für Ernährung und der Reichsfinanzminister teil. Der erkrankte Arbeitsminister war durch den Staatssekretär seines Ministeriums vertreten. In eingehenden Erörterungen wurde die gesamte durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens geschaffene Lage durchgesprochen und dabei die völlige Einmütigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt. Seitens der Gewerkschaften wurden noch Anregungen gegeben, die von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer

an den Besprechungen ging dahin, daß in der erfolgreich begonnenen Abwehr des mit militärischen Gewaltmitteln unternommenen Rechts- und Friedensbruchs mit allen zweckmäßigen Mitteln fortgeföhrt werden müsse.

Berlin, 24. Januar. (Eine Erklärung der Reichsregierung.) Zu der Meldung über Vermittlungsversuche in der Frage des gewalttätigen Einmarsches in das Ruhrgebiet und der Wiederherstellungsfrage wird von zuständiger Stelle folgendes erklärt: Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an verschiedenen Stellen der Welt bemüht ist, dem durch den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet geschaffenen und sich täglich verschärfenden Zustand des Anrechtes und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Wie wiederholt betont, ist Deutschland jederzeit zu Verhandlungen bereit. In dem Augenblicke aber, wo französisch-belgische Truppen in dem wirtschaftlichen Zentrallande Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiete getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen wiederum vertragswidrig auf das übrige Rheinland ausgebeutet werden, erscheint ein Verhandeln über weitere Reparationsleistungen schon aus sachlichen Gründen unmöglich. Niemand weiß, welche Trümmerwelt Deutschland am Ende des französisch-belgischen Unternehmens darstellen wird. Auch können nach deutscher Ansicht Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Erfolgen führen, die wirtschaftlich für das deutsche Volk annehmbar und zu einer wirklichen Befreiung Europas geeignet sind. Reparationsverhandlungen versprechen nach der Ueberzeugung der deutschen Regierung nur dann Erfolge, wenn auf jede Sanktions- und Pfänderpolitik endgültig verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren.

(Frankreichs Kohleneinbuße.) Der Verlust an Kohle, den Frankreich durch seine Gewaltpolitik in diesen 11 Tagen der Besetzung erlitten hat, ist leicht zu errechnen: Frankreich hätte täglich 2500 Waggons zu je 10 Tonnen Kohle erhalten, pro Tag also 25 000 Tonnen. Es hat also insgesamt bis jetzt 275 000 Tonnen Reparationskohle eingebüßt, die ihm ungeschmäkelt zugegangen wären, wenn es das Ruhrgebiet nicht besetzt hätte.

(Wird Paris kleinlaut?) Die Nachrichten über die Streikbewegung im Ruhrgebiet stimmen Paris kleinlaut, obgleich die amtlichen Stellen bemüht sind, die zu Wochen Schwerezeiten gering erscheinen zu lassen. Die allgemeine Auffassung der französischen politischen Kreise geht dahin, daß die Regierung mit einem derartigen Widerstand auf deutscher Seite nicht gerechnet und die Aktion nicht entsprechend vorbereitet habe. Diese Ansicht kommt auch immer offener in der Presse zum Ausdruck, so besonders im „Echo National“, dessen Leitartikel Tarbicus dem Kabinett Poincaré seine falschen Berechnungen drohend vorhält.

(Die allgemeine deutsche Sammlung.) für die bedrängten Opfer der französischen Gewalttat auf das Ruhrgebiet hat bereits beispiellose Erfolge zu verzeichnen. Bürger Magdeburgs haben als erste Rate 25 Millionen Mk. gespendet. Der Verlag der „D. A. Z.“ stellte 5 Millionen zur Verfügung. Der Nationale Club Berlin trägt vorläufig 4 Millionen bei. Von allen Seiten kommen die Spenden. Arbeiter, Angestellte, Beamten, Kaufleute, Industrielle und selbst Frauen und Kinder bringen ihre Gaben. Von der Landwirtschaft wird ein groß angelegtes Hilfswerk in Naturalgaben vorbereitet. Keiner will und keiner darf bei diesem großen Opfertag Deutschlands beiseite stehen. Wenn der Reichskanzler im Einvernehmen mit den Ländern an die deutsche Bevölkerung einen Aufruf zu Gunsten dieser Sammlung richtet, so muß der Beifall von 1813 in uns allen lebendig werden, der Geist, der unsere Großmütter veranlaßte, ihr Haupthaar auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Wie im Ruhrgebiet unsere Volksgenossen aller Schichten Schulter an Schulter geschlossen im Abwehrkampf stehen, so müssen wir im unbefestigten Gebiet geschlossen dafür sorgen, daß ihnen jede Hilfe, sei es in Geld, sei es in Lebensmitteln oder sonstigen Bedarfswerten vom unbefestigten Gebiete her zuteil wird. Unsere Brüder stehen im Kampf und erwarten von uns die notwendige Munition. Wir wollen sie herbeischaffen!

(Ein Rechtsgutachten) über die französische Aktion im Ruhrgebiet soll, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, von der obersten englischen Justizbehörde dem englischen Ministerpräsidenten Bonar Law übergeben worden sein. In diesem juristischen Dokument stellt die Justizbehörde fest, daß im strenggesetzlichen Sinne der Vertrag von Versailles durch das französische Vorgehen gebrochen worden ist, eine Feststellung, die, wenn die englische Justizbehörde aus Objektivität Anspruch haben will, auch garnicht anders getroffen werden könnte. Treffen die Informationen der „Vossischen Zeitung“ zu, so scheint uns für England eine grundsätzlich andere politische Lage geschaffen, denn es ist kaum denkbar, daß ein Mann, wie Bonar Law, dessen persönliche und politische Integrität bisher noch niemand anzuzweifeln wagte, an diesem Rechtsgutachten vorbeigehen und nicht seine Folgerungen aus ihm ziehen könnte. Englands Haltung gegenüber dem französisch-belgischen Gewaltakt ist unerschlossen und zweideutig genug gewesen — die Teilnahme englischer Soldaten an der Verhaftung des Kölner Finanzpräsidenten ist sogar ein brutaler Bruch der verkündeten Neutralität — nachdem nun der oberste englische Gerichtshof gesprochen hat, muß sich die englische Regierung unbedingt zu einer klaren und entscheidenden Stellungnahme aufstellen. In Deutschland bringt man dem ehemaligen Feind doch soviel Achtung entgegen, daß man vorerst nicht glauben kann, diese seine Stellungnahme werde den Spruch der obersten englischen Gerichtsbehörde gering schätzen.

### England.

London, 25. Januar. (Englischer Kohlenkredit für Deutschland.) Wie die Telegraphen-Anion von gut unterrichteter Seite erzählt, sind die Bestellungen Frankreichs auf englische Kohle in den letzten Tagen außerordentlich gewachsen. Die Frage von Kohlenkrediten für Deutschland scheint einer günstigen Lösung entgegenzugehen. Die in der Presse verbreiteten Nachrichten über zunehmende amerikanische

Kohlenbestellungen in England werden als Tendenzmeldungen der Londoner Börse bezeichnet.

### Frankreich.

(Poincaré amtsmilde?) Der Pariser Richterakter der „Times“ schreibt, der unerwartete Widerstand Deutschlands, der eher zu als abnehme, habe in Frankreich zahlreiche Befürchtungen erweckt und lasse in manchen Kreisen den Wunsch nach Verhandlungen entstehen, die die unbefriedigenden Ereignisse im Ruhrgebiet zu Ende bringen würden, bevor sie zu einem unwiederherstellbarem Schaden führten. In einem weiteren Telegramm teilt der Richterakter mit, daß Poincaré wahrscheinlich gegen Ende Februar sein Premierministeramt niederlege.

## Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 23. Januar.

In der heutigen 11. Sitzung des sächsischen Landtages wurden zunächst zwei Anfragen und ein Antrag über Kirchenfragen erledigt. Abg. Helmreich (DVP.) begründete eine Anfrage, in der Einstellung von Mitteln für die evangelisch-lutherische Landeskirche in den Nachtrag gefordert wird. Die Kirche könne sich nicht auf Maßnahmen des Staates einrichten, die eine Verletzung der Reichsverfassung darstellen. Er erwarte, daß Regierung und Landtag sich bereitfinden, die verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegenüber der Kirche zu erfüllen. Weiter wünscht Redner Aufhebung der Bestimmungen über die Anbringung von Grabinschriften auf kirchlichen Gottesäckern und über das Befolgen bei Beichenbegleitungen. — Abg. Büchel (Dnt.) ersucht in einem Antrage seiner Partei die Regierung, umgehen an den Landtag eine Vorlage zu bringen für ein der sächsischen Landeskirche zu gewährendes Darlehen, damit die Kirchgemeinden in die Lage kommen, den Geistlichen das Gehalt nach der jetzt geltenden Besoldungsordnung auszahlen zu können. Kultusminister Fiebigler erklärt, eine rechtliche Verpflichtung des Staates zur Gewährung von Besoldungszuschüssen für die Geistlichen bestehe nicht. Der Aufschlag der Justizstatistik, daß eine Verpflichtung des Staates sich aus der Gemeinschaft zwischen Staat und Kirche ergebe, könne die Regierung nicht betreten. Die Bestimmungen über die Grabinschriften und das Befolgen bei Beichenbegleitungen gedente die Regierung nicht aufzuheben. Schließlich droht der Minister die Enteignung der kirchlichen Friedhöfe zu Gunsten der Gemeinden und der Volksgemeinschaft an. In der Aussprache beteiligten sich Abg. Siebert (Dnt.) W. Hermann (D.), Scheller (R.), Ziller (Dnt.), dann geht der deutsche nationale Antrag an den Ausschuss. — Die Vorlage betr. Uebernahme der Pflichten für die Hälfte des Ruhegehaltes des Direktors des Museums für Buchwesen und Schriften in Leipzig durch den Staat wird nach kurzer Aussprache in Schlußberatung genommen und die Vorlage betr. Erhöhung des für den Erweiterungsbau der Ulmer Hauptschule geschätzte genehmigten Darlehens an den Haushaltsauschuss A verwiesen. — Endlich steht zur Beratung der Entwurf eines Anleihegesetzes. Abg. Dr. Reinhold (D.) beantragt namens der Ausschussmehrheit, die Höhe der Anleihe auf 25 Millionen Mark festzusetzen und die Regierung zu ersuchen, baldigst eine genaue Berechnung, möglichst in Goldmark aufgestellt, dem Haushaltsauschuss B vorzulegen, aus dem ersichtlich ist, welche Summen für den Ausbau der staatlichen Kohlenwerke und der staatlichen Elektrizitätsunternehmen noch erforderlich sind. Nach längerer Aussprache wird die Vorlage nach dem Antrage der Ausschussmehrheit angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag, den 25. Januar, nachm. 1 Uhr.

## Ministerpräsident Bück über die Einwirkung der Ruhrgebietsbesetzung auf Sachsen.

Ministerpräsident Bück hatte am Montag die zur Pressekonferenz sächsischer Redakteure gehörenden sächsischen Pressevertreter zu sich gebeten, um ihnen Einiges über die Auswirkungen der Besetzung des Ruhrgebietes auf die sächsische Wirtschaft darzulegen. Er unterließ es mit dem Hinweis auf den vertraulichen Charakter dieser Besprechung, etwas darüber zu sagen, welche Haltung er auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten zur Politik des Kabinetts Cuno eingenommen hat. Aus seinen begleitenden Äußerungen dürfte man wohl den Schluß ziehen, daß Ministerpräsident Bück im Gegensatz zu seiner Ministerkollegen Diplinski, Fiebigler und Rühlau mit der Haltung der Reichsregierung einverstanden ist. Gegenüber laut gemordenen Befürchtungen, daß uns in Sachsen möglicherweise auch von der Tschechoslowakei Gefahr drohe, erklärte der Ministerpräsident, daß hier kein Grund zu Befürchtungen vorliege. Bei den silddeutschen Staaten hätten die Vertreter der tschechoslowakischen Regierung die Versicherung abgegeben, daß ihre Regierung nicht beabsichtige, sich an einem Vorgehen gegen Deutschland zu beteiligen.

Sobald kündigte der Ministerpräsident an, daß die sächsische Regierung einen Gesetzentwurf betreffend Konzeptionspflicht des Altimetallhandels und Maßnahmen gegen Luxus und Schlemmerei vorbereite. Luftballons müßten sich im Rahmen des Notwendigen halten. Koffmische und Maskenfische müßten unterbleiben. Neue Konzessionen für Schankbetriebe sollten nicht mehr erteilt werden, eine Verlängerung der Polizeistunde werde zunächst nicht erwogen, weil man die vorhandenen Schwierigkeiten nicht noch dadurch steigern wolle, daß man dem Personal in Schankbetrieben usw. die Erlöse nehme. Dagegen solle rücksichtslos die Schließung solcher Lokale vorgenommen werden, in denen die Polizeistunde übertreten oder Anlaß zu Vergewaltigungen gegeben wird.

Aus den Mitteilungen des Landeskohlenkommissar Krämer ging hervor, daß der Anteil der Ruhrkohle an der Gesamtkohlenversorgung Sachsens nur 1,20 Prozent betrage, während der Anteil der sächsischen Steinkohle 21 Prozent und der der sächsischen Braunkohle 34 Prozent betrage und das Fehlende aus preussischen und böhmischen Kohlengebieten geliefert werde. Wenn auch infolgedessen die Entdeckung des Fehlens der Ruhrkohle bei uns nicht sofort und unmittelbar stark in Erscheinung treten wird und auch unsere Industrie und großen öffentlichen Werke auf einige Wochen mit Kohle eingedeckt sind, so werde sich doch nötig machen, daß die sächsischen Kohlenvorkommen zur Deckung des Ausfalls an Ruhrkohle in anderen Gebieten stark mit herangezogen werden und das werde das Verfahren von Ueberwachungen in unseren sächsischen Kohlengebieten zur zwingenden Notwendigkeit machen.

Ueber die Verwendung der aus der amerikanischen Hilfsprämie auf Sachsen entfallenden 2 400 000 M wurde folgende Mitteilung gemacht: 700 000 M zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung der notleidenden Bevölkerung, besonders auf dem Lande, 675 000 M zur Unterstützung notleidender Studenten, 100 000 M der Stadt Zwickau, weil sie durch die Einverleibung von Seidau schwere Armenlasten übernehmen mußte, 90 000 M dem Landesverband der sächsischen Presse, 80 000 M dem sächsischen Taubstummenheim in Zwickau, 55 000 M für die Schwerehörigenfürsorge, 200 000 M dem Heilstättenverein für Lungenerkrankte für die Kinderheilstätte in Weilsberg, 96 000 M an die Landtagsfraktionen zur Verteilung an Notleidende nach ihrem Ermessen, 400 000 M zur freien Verfügung des Ministerpräsidenten für Unterstützungszwecke.